



Fraktion Grüne/WiP/Die Linke - Marktplatz 1 - 75175 Pforzheim

Herrn Oberbürgermeister Boch

Marktplatz 1

75175 Pforzheim

Pforzheim, den 05.08.2024

Antrag zur Einführung einer Katzenschutzverordnung in Pforzheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Boch,

mit diesem Antrag fordern wir die Stadtverwaltung auf, eine Katzenschutzverordnung in Pforzheim einzuführen, um das Problem der unnötigen Vermehrung der Streunerkatzen nachhaltig einzudämmen und das Wohl der Katzen in unserer Stadt zu fördern.

Die Katzenschutzverordnung in Baden-Württemberg (BW) zielt darauf ab, das Wohl von freilebenden und verwilderten Katzen zu fördern und ihre Population zu kontrollieren.

Der Gemeinderat möge die Stadtverwaltung beauftragen, eine Katzenschutzverordnung zu erarbeiten und sich dabei an den Verordnungen anderer Gemeinden zu orientieren in Bezug auf Kennzeichnungspflicht, Haltungsvorschriften, Kastrationspflicht, sowie Aufklärung und Regelungen zur Fütterung von Streunerkatzen.

Begründung:

Katzen sind nicht nur beliebte Haustiere, sondern auch Teil unserer urbanen Tierwelt. Leider sind viele von ihnen oft ungeschützt und gefährdet, sei es durch Verkehr, Krankheiten oder unüberlegte Zucht. Eine Katzenschutzverordnung könnte dazu beitragen, die Lebensbedingungen für Katzen zu verbessern und gleichzeitig die Verantwortung der Katzenhalter zu stärken.

Ehrenamtliche Katzenfängerinnen fangen derzeit ohne weitere Unterstützung die wild lebenden Katzen ein, kastrieren sie und setzen sie anschließend wieder frei. Das Tierheim hat aktuell keinen eigenen Tierarzt, was die Arbeit der Katzenfängerinnen zusätzlich erschwert. Ohne diese ehrenamtlichen Helfer wäre das Problem der Streunerkatzen bereits viel prekärer.

Das vorrangige Ziel einer Katzenschutzverordnung darin besteht, in kritischen Fällen schnell einschreiten und handeln zu können, also Tierschützern und Ordnungsbehörden die Tierschutzarbeit zu erleichtern.

Ein Hotspot für Streuner Katzen in Pforzheim ist beispielsweise der Schulgeländebereich im Stadtteil Haidach, wo sich kaum jemand für das Problem zu interessieren scheint.

Inzwischen wissen wir (Stand Juni 2024) schon von 95 baden-württembergischen Kommunen und deren Teilgemeinden, die sich nachweislich dazu entschieden haben, dem Katzenelend mittels einer Kastrationspflicht für Freigänger Katzen entgegenzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Stadträt*innen der Fraktion Grüne/WiP/Die Linke